



Rede zum Haushalt 2019/20120

Herr Oberbürgermeister, Herr Vorsitzender,
Kolleginnen und Kollegen.

Ich beginne mit einer für sie hoffentlich erfreulichen Mitteilung. Im Gegensatz zu meinen Vorrednern werde ich kein verkürztes Wahlprogramm und auch keine Allgemeinplätze vortragen. Ich werde für uns, Ratsgruppe GÖLINKE/ALG, markante Beispiele ausführen, die für uns zu einer Ablehnung des Haushaltes führen. Einigen Teilhaushalten werden wir zustimmen.

Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt. Rein rechnerisch ist das korrekt. Es bedeutet aber noch lange nicht, dass die berechtigten Interessen von Initiativen, Organisationen und auch von Schülerinnen und Schüler ausgeglichen berücksichtigt worden sind.

Es ist ja ein Leichtes bei den Zielen Formulierungen zur Gendergerechtigkeit zu formulieren und sie verbal immer wieder einzufordern. Wenn es aber um die Finanzierung von Initiativen zur Erreichung dieser Ziele geht dann sucht man vergebens in den Haushaltsvorschlägen. Ganz deutlich geworden ist dies bei der Behandlung der Anträge von Kore. Allen sollte bekannt sein, dass die Jugendzentren überwiegend von Jungen besucht werden. Kore hat seit vielen Jahren immer wieder gut besuchte Projekte für Mädchen angeboten. Ihre Anträge wurden bei diesem Haushalt aber schon im Vorfeld nicht akzeptiert und sie werden jetzt auf die Möglichkeit der Kofinanzierung hingewiesen. Ein Weg, der nicht nur unsicher und bürokratisch ist, sondern in der Regel auch nur kurzfristige Projekte ermöglicht.

Warum steht die Mehrheit des Rates gegen ein neues Konzept für die Erhaltung der Tangente. Eine Spielstätte in Göttingen, die für junge Leute immer ein Anziehungspunkt war. Viele von ihnen werden die Konzerte und Veranstaltungen gern besucht haben. Es ist klar, dass in der kurzen Zeit kein ausgereiftes Konzept vorliegen konnte. Mit der Einstellung einer Summe von ca. 70 000,-€ mit Sperrvermerk wäre aber die Möglichkeit gegeben, dass diese Spielstätte nicht endgültig am Ende des Monats geräumt wird, sondern Zeit bleibt, ein akzeptables Konzept zu entwickeln.

Ein ähnliches Konzept wie im Apex wäre eine Möglichkeit. Wir haben uns gegen die Ablehnung dieser Förderung bei allen vorherigen Ausschusssitzungen gewehrt, hatten aber außer bei den Piraten/ Die Partei keine Unterstützung. Für einen erneuten Antrag sehen wir keine Chance und werden ihn deshalb nicht mehr stellen.

Warum halten sie es für die Einwohner von Göttingen für wichtiger 140 000,-€ für einen Tag „Deutschland-Tour“ oder 300 000,-€ für ein Wochenende für den „NDR-Soundcheck“ bereitzustellen?

Immerhin ist die Mehrheit ja bei diesem Haushalt nach langer Zeit bereit Planungskosten für den Erhalt des Städtischen Museums zu unterstützen. Auch gibt es augenscheinlich eine Mehrheit im Rat für die Unterstützung von Medi-Net, die sich sehr engagiert um die ärztliche Betreuung von nicht krankenversicherten Geflüchteten kümmert, die in unserem Gesundheitssystem keine ausreichende ärztliche Betreuung erhalten und um deren Zuschüsse wir in den vergangenen Jahren sehr kämpfen mussten.

Nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt, sondern ein neues Rekordergebnis für das Geschäftsjahr 2018 verzeichnet die Sparkasse Göttingen. Alle wissen, dass die Kriterien nach Basel III erfüllt sind und dass es eine beachtliche Risikorücklage für die Bank gibt. Der Rat kann keine Ausschüttung an die Stadt beschließen, aber er könnte durch eine entsprechende Stellungnahme dem Aufsichtsrat der



Sparkasse durchaus deutlich machen, dass es in der Bundesrepublik Deutschland viele Sparkassen gibt, die einen Teil ihrer Gewinne an ihre Gewährsträger (hier Stadt und Landkreis Göttingen) selbstverständlich ausschütten, ebenso wie in Göttingen die Stadtwerke und die Städtische Wohnungsbau. Etliche Initiativen, die von der Sparkasse nicht berücksichtigt werden, die aber im Interesse der Stadt durchaus gefördert werden sollten, könnten unterstützt werden. Dies hätte auch den Vorteil, dass diese Förderungen dann öffentlich diskutiert und die Entscheidungskriterien offengelegt würden. Die bisherige Praxis des Sponsorings der Sparkasse ist für Außenstehende nicht durchschaubar und ohne Offenlegung von Kriterien erscheint sie recht willkürlich.

Die Mehrheitsentscheidungen zur Unterbringung von Geflüchteten in den letzten zwei Jahren waren ja bei den unterschiedlichsten Vorschlägen geprägt von dem eindeutigen Tenor der Verwaltungsvorschläge: Das ist nicht möglich. Das ist zu teuer. Das bringt uns perspektivisch nicht weiter. Mit dem neuen Haushalt zeigen uns jetzt die Mehrheitsfraktionen einen neuen Weg: Wir bauen auf einem ungeeigneten Gelände, genehmigt für 3 Jahre, für ca. 6 Mio. Euro. Diese Idee ist in keinem kreativen Gremium entstanden, sondern ist eher das Ergebnis von Tatenlosigkeit und wohl auch von Konzeptlosigkeit. Diese Einrichtung bekommt dann den Namen Willkommenseinrichtung.

Nicht geklärt sind bisher auch die Fragen: Ist das ehemalige IWF-Gebäude noch anzumieten und welche Begründung gibt es vom Besitzer des Gothaer-Gebäudes leerstehende Gebäude nicht zu vermieten.

Die fast täglich in der Presse veröffentlichten Artikel zum Mangel an bezahlbarem Wohnraum scheinen bei vielen Ratsmitgliedern und der Verwaltung zu einer eher resignativen Haltung zu führen. Wir haben die Möglichkeiten zu überprüfen, ob für uns; speziell in Grone, baurechtliche Vorgaben möglich sind, um bezahlbare Wohnungen zu erhalten. Aber selbst Voruntersuchungen zur Klärung der Situation wurden bisher abgelehnt. Ein Ausweg soll sein, höherwertige Wohnungen zu erstellen, damit das Wohnungsangebot größer wird. Dieser Weg kann nur ein Irrweg sein, denn der Preisanstieg wird dadurch nicht bei den kostengünstigeren Wohnungen verhindert. Viele Göttingerinnen und Göttinger, die ganztägig arbeiten und ein Einkommen an der unteren Einkommensgrenze haben, werden Wohnungen in Göttingen nicht mehr bezahlen können. Da hilft auch die Bereitstellung von 500 000,-€ für den Ankauf von kurzfristigen Belegrechten im Haushalt wenig. Davon werden dann 30 bis 40 Wohnungen renoviert und nach 5 Jahren sind die Belegrechte gelöscht. Wie in Grone geschehen. Bis dahin werden auf dem freien Markt, ohne Vorgaben der Kommune nicht genügend bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen, wenn wir uns weiterhin so passiv und vertrauensselig gegenüber den Immobilienhändlern verhalten. Vor nicht allzu langer Zeit nannte die Bundes-SPD einige dieser Firmen noch Heuschrecken.

Mit der Diskussion über das Schulstättenentwicklungskonzept sind die vielen Investitionslücken bei den Schulbauten in Göttingen deutlich geworden. Die notwendigen Reparaturen und Sanierungen wurden durchgeführt, aber auf die Veränderungen in der Schullandschaft konnte durch die Bedingungen des EHP nicht reagiert werden. Der Rat hat bei fast allen Grundschulen der Umwandlung in einen Ganztagsbetrieb zugestimmt und dadurch viele Grundschulkollegien zur Improvisation gezwungen, weil die dafür notwendigen räumlichen und sächlichen Voraussetzungen nicht gegeben waren. Die Kolleginnen und Kollegen haben diese Aufgaben auf sich genommen, obwohl sie weit über die Aufgaben einer Lehrerin oder eines Lehrers hinausgehen. Der Schulausschuss hat nach etlichen Diskussionen versucht eine Prioritätenliste für die Reihenfolge der Erweiterungs- und Umbauten bei den Schulen aufzustellen, musste aber feststellen, dass die Kapazitäten des Baudezernats auf 4 Schulen für die Laufzeit dieses Haushalts beschränkt ist. Es gab den Appell von uns an alle Fraktion Investitionen außerhalb des Schuldezernates zu überprüfen und zurück zu stellen. Dann kam der große Wurf im Finanzausschuss: Der Ausbau der Kantine im Rathaus wurde zurückgestellt. Es wurden 3 Schulen im Investitionshaushalt vorgezogen.



Die Geschwister-Scholl-Gesamtschule, die Grundschule Herberhausen und die Grundschule Elliehausen. Schulen, die im ZIV für 2024, 2025 und 2026 vorgesehen waren. Wo sind die Schulen geblieben, die schon länger auf ihre Baumaßnahmen warten und mit den schwierigen Bedingungen arbeiten. Ganz abgesehen davon, dass die Vorschläge dem Schulausschuss zugestanden hätten, muss man sich jetzt fragen, nach welchen Kriterien haben die großen Fraktionen im Finanzausschuss zugestimmt. Gab es überhaupt Kriterien oder erfüllte sich in Übereinstimmung jede große Fraktion einen Wunsch?

Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushaltsvorlage können wir aus den angeführten Gründen nicht zustimmen. Einigen Teilhaushalten stimmen wir zu.

